Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertreter Chefredakteure: Dr. Hans Hirs, Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Rudolf Brüning. Chefreporter: W. Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: G. Genske, Dr. E. Hoepfner (Inland), Dr. Gisela Schoeler (Ausland), Nordwestdeutsche Politik: G. Zimmermann. Lokales: Wolfgang Schmidt. Bezirke: W. Kühler. Sport: C. F. Mossdorff. Motor und Straße: H. W. Bruckmann. Feuilleton und Film: Eberhard von Wiese. Kulturpolitik: W. M. Lamann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Die Frau: Frauke Seile. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Diplom-Volkswirt H. H. Krell. Allgemeines: K. Losch. Bilder: M. L. Dalchow. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. On-Reportagen: Egbert A. Hoffmann. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klitsch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald

Verlagsleiter: Rudolph Gothner.

Mit allen Kräften

Als Ludwig Erhard heute vormittag nach längerem Erholungsurlaub wieder in den verschneiten Kanzler-Bungalow am Rhein zurückkehrte, lag ihm ein genauer Bericht über die Berliner Gespräche der Bonner Spitzenpolitiker vor. Die in der alten deutschen Reichshauptstadt abgegebenen Erklärungen so profilierter Männer wie Wehner, Barzel, Kühlmann-Stumm gehen ihm unmittelbar an, fordern sie doch im Grunde nichts mehr und nichts weniger als erhöhte Aktivität in der Deutschlandfrage.

Es kann nicht sein, daß ausländische Journalisten die Deutschen auf das Gebot in der Grundgesetz-Präambel hinweisen müssen, das von jedem Deutschen fordert, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden"! Gewiß, der Spielraum in der Wiedervereinigungspolitik ist nur schmal. Niemand weiß, wann der Tag der Einheit kommt. Doch auf ihn vorbereitet zu sein, ist die Pflicht von heute. Das erfordert Regsamkeit, harte Arbeit im stillen, Zusammenarbeit aller Parteien. Das bedeutet aber auch, daß die Bundesregierung intensiver und systematischer als bisher den kommunistischen Diffamierungen überall in der Welt entgegentreten muß.

Es darf nicht dabei bleiben, daß die internationale Öffentlichkeitsarbeit der reichen Bundesrepublik überrollt wird von der Agitation Pankows. Jedermann im Ausland muß wissen: Hinge die Lösung der deutschen Frage nur von den Deutschen ab, wäre sie längst erledigt. Aber sie ist eben kein isoliertes Problem, sie ist von den Interessen der Großmächte nicht zu lösen. Hier muß die Aktivität ansetzen, hier heißt es zu drängen.

SPD und FDP regen die Bildung eines Wiedervereinigungskabinetts der Bundesregierung in der Art des Wirtschaftskabinetts zur Koordinierung aller Fragen der Gesamtdeutschen Politik an. Eine solche Forderung zeigt im Grunde nur die Schwäche des Regierungschefs auf. Am 10. November 1965 hat Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung die Wiedervereinigung als das Hauptziel seiner Politik bezeichnet. Das heißt doch nichts anderes, daß er und niemand anders die Deutschlandpolitik fest in der Hand haben muß. Das heißt doch nichts anderes, als daß sein ganzes Kabinett den Anspruch auf die Bezeichnung „Wiedervereinigungskabinett" erheben muß.

Aber nicht nur die Regierung ist aufgerufen. In den brennendsten Fragen der deutschen Politik müssen Koalitionspartei und Opposition gemeinsam nach der Lösung suchen. Rainer Barzel hat mit seiner Forderung nach „einer Kooperation aller" ins Ziel getroffen. Die führenden Männer aller Parteien müssen um Übereinstimmung ringen, wenn es sein muß mit aller Härte. Das erfordert entschlossene Politiker. Ihre Gespräche sollten vertraulich geführt werden. Barzel hat recht, wenn er sagt: „Man muß auch schweigen können!" Allerdings darf dann niemand das Schweigen mit Nichtstun verwechseln.

G. G.

Verzichtet Dufhues auf Kandidatur?

Rennen um Adenauer-Nachfolge wieder offen

Von unserer Bonner Redaktion

wst **Bonn, 21. Januar**

In den Auseinandersetzungen um die Nachfolge Adenauers an der Spitze der CDU scheint sich eine sensationelle Entwicklung anzubahnen: In Bonn verdichten sich Gerüchte, daß Dufhues wegen seiner Krankheit auf eine Kandidatur verzichten wolle. Damit wäre das Rennen um den Parteivorsitz wieder einmal völlig offen.

Nachdem die übrigen Mitbewerber — Lücke, Kiesinger und gestern nachmittag in Berlin auch Barzel — zugunsten von Dufhues auf eine Kandidatur verzichtet hatten, schien der bisherige geschäftsführende Parteivorsitzende unumstritten und einziger Kandidat zu sein.

Nor vor zwei Tagen hatte der CDU-Pressechef Dr. Rathke, der als Sprachrohr von Dufhues gilt, erklärt: „Nach ärztlichen Berichten gibt es nicht den geringsten Grund, daß Josef Hermann Dufhues auf eine Kandidatur für das Amt der Parteivorsitzenden der CDU verzichten müßte."

Dufhues hatte Mitte Dezember wegen einer Gehirnerschütterung ein Krankenhaus aufgesucht und sich auch einer Nierenzystenoperation unterzogen. Vor ungefähr einer Woche verließ er das Krankenhaus, um einen Erholungsurlaub anzutreten. Sein Urlaubsort, der in der Schweiz liegen soll, wird streng geheimgehalten.

Diese Geheimhaltung wird in Bonn mit den Verzichtabsichten von Dufhues in Zusammenhang gebracht. Es wird der Verdacht geäußert, Dufhues solle so lange „abgeschirmt" werden, bis es seiner Umgebung doch noch gelungen ist, ihn zur Annahme der Kandidatur zu bewegen. Bei den Verzichtsabsichten von Dufhues soll auch die Tatsache eine Rolle spielen, daß er nicht bereit sei, seine angesehene und sehr ergiebige Rechtsanwaltspraxis aufzugeben.

Sollte sich der Verzicht von Dufhues bestätigen, ergäbe sich für die Nachfolgefrage Adenauers eine völlig neue Situation:

- Bundesinnenminister Lücke hat seinen Verzicht seinerzeit ausdrücklich damit begründet, daß er nicht gegen Dufhues kandidieren wolle. Diese Begründung wäre jetzt hinfällig.
- Ministerpräsident Kiesinger und Fraktionschef Barzel dürften ihren Verzicht unausgesprochen unter der gleichen Voraussetzung abgegeben haben.
- Unter den geänderten Voraussetzungen könnte sich auch Bundeskanzler Erhard doch noch für eine Kandidatur entschließen. Das um so mehr, als eine Wahl Lückes, der ein sehr gutes Verhältnis zur SPD hat, bereits als Vorentscheidung für eine spätere Große Koalition angesehen werden könnte.

Erkrankt: Dufhues

Fraktionschef Barzel scheint die Klärung der verworrenen Angelegenheit persönlich in die Hand nehmen zu wollen. Noch heute will er die neue Lage mit Bundeskanzler Erhard, der eben aus seinem Urlaub wieder in Bonn eingetroffen ist, und mit dem CDU-Vorsitzenden Adenauer besprechen.

Hanoi am Scheideweg

Amerikaner kündigen „massive Feuerkraft" an, falls ...

Deutsche Presse-Agentur - ap - upi

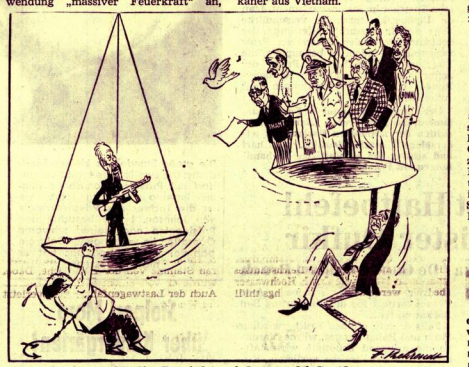
Washington/Saigon/Moskau, 21. Januar

Angesichts des hartnäckigen Schweigens der Kommunisten auf die amerikanische Friedensoffensive fragt man sich jetzt in den USA, wie es in Vietnam weitergehen soll.

Während UNO-Generalsekretär U Thant die Ansicht äußerte, die Chancen für Friedensverhandlungen hätten sich vor allem durch die Einstellung der Luftangriffe gegen Nordvietnam verbessert, kündigte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara die Anwendung „massiver Feuerkraft" an, wenn der Gegner den Frieden ablehne. Die USA müßten sich auf die Entsendung von „noch mehr Streitkräften" nach Südvietnam vorbereiten.

Führende amerikanische Militärs sollen die Wiederaufnahme der Luftangriffe gegen Nordvietnam nach nur einmonatiger Pause dringend befürworten.

Der sowjetische Außenminister Gromyko hat seinem japanischen Kollegen Shiina gegenüber rundheraus erklärt, die Sowjetunion sei nicht in der Lage, in Vietnam zu vermitteln. Gromyko forderte abermals den Abzug der Amerikaner aus Vietnam.



Ob die Gewichte sich verschieben?

Zeichnung: F. BEHRENDT

Barzel: „Mehr Schweigen!"

Von unserer Berliner Redaktion

wy **Berlin, 21. Januar**

Für die Zusammenarbeit aller verantwortlichen Kräfte in Gesamtdeutschen Fragen hat sich zum Abschluß der Berliner Woche des Bundestages der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Barzel ausgesprochen. Die Gespräche über Möglichkeiten in der Deutschlandpolitik sollten jedoch nach seiner Ansicht in aller Stille stattfinden. „Ein Mehr an Schweigen ist erforderlich." (Siehe auch Leitartikel)

Starfighter-Flug in den Tod

Deutsche Presse-Agentur - ap - upi

Oldenburg, 21. Januar

Die deutsche Luftwaffe hat wieder einen „Starfighter" und einen Piloten verloren. Die schwere Düsen-Kampfmaschine zerschellte gestern Abend wenige Minuten nach dem Start vom Fliegerhorst Wittmundhafen (Ostfriesland).

Der Pilot, Oberfeldwebel Klaus Dieter Tuleweit (29), hatte sich noch unmittelbar vor dem Absturz mit dem Schleudersitz aus seiner Maschine katapultiert. Er wurde am Boden zerschmettert. Der Familienvater hinterläßt seine Frau und zwei kleine Kinder.

Das Triebwerk der F 104 G hatte kurz nach dem Start plötzlich ausgesetzt. Tuleweit versuchte das Triebwerk wieder zu starten, was ihm aber nicht gelang. Wahrscheinlich hat er dann zu spät seinen Schleudersitz betätigt.

1965 waren 26 Starfighter der Luftwaffe abgestürzt. 15 Flugzeugführer flogen dabei in den Tod. In der vergangenen Woche standen die Ursachen von Verteidigungsausschuß des Bundestages untersucht. Heute informieren sich die Ausschußmitglieder Damm und Petersen, Bundestagsabgeordnete der CDU, in Wittmundhafen über Starfighter-Probleme. 18 Stunden vorher war die von Oberfeldwebel Tuleweit geflogene Maschine des in Wittmundhafen stationierten Jagdgeschwaders 71 „Richthofen" abgestürzt.

Absturz auf Ortschaft

Deutsche Presse-Agentur

Bangkok, 21. Januar

Beim Absturz eines amerikanischen Düsenkampfbombers vom Typ F-105 „Thunderchief" in Thailand sind 16 Menschen ums Leben gekommen.

Die Maschine stürzte rund 640 Kilometer nordöstlich von Bangkok in eine kleine Ortschaft. Der Pilot konnte sich mit dem Fallschirm retten.

Die Meinung der anderen

Was wird in Vietnam? / Die heilige Kuh des Gaullismus

Skeptisch bis pessimistisch beurteilt man in aller Welt die Lage in Vietnam, nachdem die amerikanische Friedensoffensive ohne Antwort geblieben ist.

Der Bund

So meint die schweizerische Zeitung „Der Bund":

„Die Niedermetzelung von 33 Zivilisten in einem südvietnamesischen Flüchtlingsdorf durch den Vietkong kurz vor dem Beginn der Waffenruhe und die erste kommunistische Angriffsaktion nach dem Anlaufen des Waffenstillstandes in Südvietnam stellen von Seiten derjenigen, die diese Waffenruhe zuerst vorgeschlagen hatten, nicht gerade Zeichen guten Willens dar. Allzuviel sollte man sich von der Pause überhaupt nicht versprechen, eingedenk der über 70 Verletzungen, die sich der Vietkong in der ersten Waffenruhe an Weihnachten hatte zuschulden kommen lassen. Langsam wird die Frage nach dem ‚Was nachher?' aktuell, und sie dürfte wohl damit zu beantworten sein, daß allmählich das Ende der von Washington konzipierten Friedensphase in Sicht rückt."

Die Weltwoche

Zur EWG-Krise heißt es in der schweizerischen „Weltwoche":

„Frankreich, das sich jetzt zu einem Ultimatum gegenüber seinen EWG-Partnern hinreißen ließ, will nach wie vor höchstens eine europäische Konföderation zugestehen, fürchtet aber wie der Teufel das Weihwasser alles, was seine nationale Souveränität beschneiden könnte. Der Chef des Elysees wird in seinem zweiten Septennat schwerlich von dieser heiligen Kuh des Gaullismus lassen. Die Pariser Forderungen nach Beibehaltung des Vetorechtes und nach einer starken Einschränkung der Befugnisse der EWG-Kommission sollen denn auch eindeutig supranationalen Beelzebub und dessen Stellvertreter Hallstein austreiben."

Le Monde

Auch die Pariser Abendzeitung „Le Monde" führt die EWG-Krise in erster Linie auf die Verschleppung der deutsch-französischen Beziehungen zurück und schreibt:

„Das Abstimmungsergebnis bei der (französischen) Präsidentenwahl hat bei unseren Partnern jenseits des Rheines den Eindruck vermittelt, daß auch der General nicht unersetzlich ist und daß keine Veranlassung besteht, seinen drängenden Forderungen nur immer nachzugeben. Schließlich ist es in Frankreich, das in der gegenwärtigen Diskussion als Fordernder auftritt, und die Bundesrepublik weiß sehr wohl, daß sie es wäre, die im geeigneten Augenblick die entscheidenden Konzessionen bei der Agrarregelung zu machen hätte. Diese Gründe würden schon genügen, die gegenwärtige deutsche Versteifung nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Was den Gemeinsamen Markt retten müßte, ist die klare Erkenntnis, in welche Lage man käme, wenn er in Fetzen fliegen würde. Der Traum General de Gaulles von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural würde ebenso in den Aktenschränken verschwinden wie sein atlantisches Direktorium. Die Bundesrepublik würde ihrerseits erkennen, wie sich das Risiko eines Zusammenspiels zwischen Paris und Moskau deutlicher abzeichnet, das auch der Chance, jemals noch wiedervereinigt zu werden, weiteres Leid zu machen hätte. Ein Mindestmaß an Vernunft müßte die einen wie die anderen versöhnlich stimmen."

Fünf Sowjets wurden als Spione entlarvt

Neue Belastung der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Von unserer Bonner Redaktion

wst **Bonn, 21. Januar**

Drei Mitarbeiter der sowjetischen Handelsmission in Köln, ein Vertreter der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS und ein Korrespondent des sowjetischen Rundfunks und Fernsehens in Bonn sind als Spione entlarvt worden.

Die neue Spionageaffäre, in die auch in der Zone stationierte sowjetische Nachrichtenoffiziere verwickelt sind, wird in Bonner Regierungskreisen als zusätzliche Belastung der ohnehin schon auf einem Tiefpunkt angelangten deutsch-sowjetischen Beziehungen gewertet.

Die Spione richteten ihr Hauptinteresse auf wissenschaftliche Erkenntnisse aus der physikalischen Mikroforschung. Es handelt sich dabei um ein Spezialgebiet der Atomphysik, auf dem grundlegende Erkenntnisse für die Weltraumforschung gewonnen werden. Hauptarbeitsgebiet war der Raum Köln — Bonn, und dabei vor allem ein Forschungsinstitut der Technischen Hochschule in Aachen.

Die Sowjetspione hatten eine Reihe von deutschen Mitarbeitern. Ein deutscher Wissenschaftler wurde im letzten Jahr, als er Verwandte in der Zone besuchte, unter Druck gesetzt und angeworben. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik informierte er die deutschen Sicherheitsbehörden.

Daraufhin war es dem Verfassungsschutz möglich, die Sowjet-Agenten längere Zeit zu beobachten. Bei Agenten-Treffs und bei der Leerung von „toten Briefkästen" konnten sie mehrfach unbemerkt fotografiert werden.

Aufsehen erregt in Bonn die Tatsache, daß bisher keine Verhaftung erfolgt ist. Die zuständigen Stellen erklären dies mit der Tatsache, daß es sich um Werkspionage handelt, die nur auf Antrag der Geschädigten strafrechtlich verfolgt werden kann. Es wird aber auch für möglich gehalten, daß die Zurückhaltung diplomatische Gründe hat.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums erklärte, der neue Spionagefall sei leider nicht das erste Beispiel dafür, daß sowjetische Staatsbürger ihre offizielle Tätigkeit mit Spionage vermischen:

- Vor vier Jahren wurde der Mitarbeiter der Kölner Handelsvertretung Polzew der Spionage überführt und durch den Bundesgerichtshof zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.
- Erst kürzlich wurde das sowjetische Botschaftsmitglied Barsukoff bei einem Spionagetreffen mit einem deutschen Studenten überrascht und anschließend als „unerwünschte Person" abgeschoben.

Suche nach der verlorenen A-Bombe noch ohne Erfolg

Operation „Zerbrochener Pfeil" an Spaniens Küste

Deutsche Presse-Agentur - ap - upi

Madrid/Washington, 21. Januar

Unter dem Decknamen „Zerbrochener Pfeil" setzen amerikanische Geheimpolizisten mit Geigerzählern und Luftwaffensoldaten in der Nähe des kleinen Dorfes Palomares an der spanischen Südostküste die Suche nach der verlorenen Atombombe fort. Die amerikanische Luftwaffe hat ihr dreitägiges Schweigen inzwischen gebrochen und bestätigt, daß der in dieser Gegend abgestürzte Bomber vom Typ B 52 „unscharfe nukleare Bewaffnung" an Bord gehabt hat.

Obwohl versichert wurde, daß für die Bevölkerung keine Gefahr bestehe, ist das Absturzgebiet hermetisch abgeriegelt worden. Gerüchteweise verlautet, daß die amerikanischen Spezialeinheiten bereits drei Kernsprengsätze gefunden hätten. Eine Kernwaffe wird jedoch noch vermißt.

Aus spanischen Kreisen wird bekannt, daß sich gestern ein Fischer gemeldet habe, der etwas Schweres, das an einem Fallschirm befestigt gewesen sei, mit seinem Netz gefangen habe. Es sei jedoch wieder ins Meer gefallen.

Militärische Fachkreise in Washington betonen, daß die in Amerika startenden Fernbomber auf ihren Patrouilleflügen routinemäßig Atombomben und Atomraketen tragen. Nur mehrere Besatzungsmitglieder zusammen könnten nach Eingang des mehrfach abgesicherten Einsatzbefehls diese Atomwaffen scharfmachen.

Noch nie seien beim Absturz von Flugzeugen mit unscharfen Atomwaffen Menschen zu Schaden gekommen. Eine am Boden erstörter nuklearer Sprengsatz könnte allerdings unter unglücklichen Umständen radioaktive Substanzen freigeben und im engsten Umkreis der Funkstelle Strahlenschäden verursachen.

Der ganze Vorgang erinnert in makabrer Weise an den gegenwärtig laufenden James-Bond-Film „Feuerball". In diesem Film wird ein Atombomber „entführt" und im Meer versenkt. Eine Verbrecherorganisation versucht, durch den Besitz der A-Bombe die britische Regierung zu erpressen.

Die Meinung der Leser

Diese Zuschriften geben lediglich die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten.

Schnee vor der Tür

Sehr geehrte Herren!

Der Artikel des Herrn Schneider in der Ausgabe Nr. 14 vom 18. 1. 66 hat vielen von uns Parterrebewohnern aus der gequälten Seele gesprochen. Bei der Wohnungsnot ist es ja so einfach, durch Mietvertrag und Polizei die Parterrebewohner zu verpflichten, bei gleicher Mietezahlung wie die übrigen Hausbewohner außer dem Schneeschieben auch noch den größten Dreck, der nur im Hausflur als erster Wegstrecke zu finden ist, zu beseitigen. Warum können nur verschiedene Baugenossenschaften alle Mieter reihum zum Schneeschieben verpflichten, und warum kann dies nicht in ganz Hamburg Geltung finden?

Alice Müller, Hbg. 39

*

Sehr geehrte Redaktion!

Dem Schreiben des Herrn G. S. in der Nr. 14 vom 18. 1. 66 kann ich nur beipflichten. Ich habe mich bereits in den Jahren 1956, 1959 und 1961 an den Bürgerschaftsabgeordneten Orgaß mit der Bitte gewandt, bei Neuberatung des Wegereinigungsgesetzes (das am 4. 4. 1961 in Kraft trat) sich für eine Änderung des bestehenden Gesetzes einzusetzen, und zwar derart, daß sämtliche Hausbewohnerreihum (etwa wochenweise) herangezogen werden. Herr O. erreichte auch nichts. Es blieb alles beim alten. Es ist mir trotz Widerstand der Polizei, für die es ja am einfachsten ist, den Parterrebewohner heranzuzuklingeln. Es schnellt nach wie vor nur für die Parterrebewohner. Nach dem Grundgesetz sollen zwar alle gleich sein. Hier sind sie es nicht.

H. Kunitzsch, Hbg. 33

*

Ich wohne im III. Stock eines großen Mietshauses. Da Nur-Hausfrau habe ich genügend Zeit, aus dem Fenster zu schauen. In unserem Parterre wohnt ein altes Rentnerehepaar. Der alte Herr plagt sich jeden Morgen damit ab, den Hauseingang und Bürgersteig vom Schnee zu räumen. Schließlich sagte ich mir, wir Etagenbewohner benützen ja auch den Hauseingang. So ging ich gestern morgen kurzentschlossen im alten Mantel, Pantoffeln und Handschuhen runter und griff zu Schaufel und Besen. Hei, das macht richtig Spaß, und mein anschließendes Frühstück schmeckte mir noch mal so gut. Also ... zur Nachahmung empfohlen!

Mit freundlichem Schnee-Heil

C. B., Altona

Als Hauswart stimme ich Herrn Henry Elsner (Leserbrief in Nr. 15) insofern zu, daß ein Laufen auf weichem Schnee angenehm und sehr gesund ist. Leider bin ich als „Wegereinigungsverpflichteter" bei der Polizei registriert. Falls jemand auf dem „weichen Schneeteppich" zu Schaden kommt, werden Polizei und Versicherung mich haftbar machen. Wenn es also am Tage stundenlang schneit, ist auf viel begangenen Fußwegen kein „weicher Schneeteppich" mehr, sondern nur noch harter und gefährlich glatter Untergrund. Obwohl es mir fern liegt, Tiere zu quälen, bleibt mir in diesem Falle nichts anderes übrig, als den Untergrund mit Viehsalz aufzuweichen und anschließend zur Straßenkante zu schieben.

Gerd Tangermann, Hbg. 36

Massenverhaftung in Budapest?

Associated Press

Wien, 21. Januar

Das kommunistische Regime in Ungarn hat nach Angaben diplomatischer Kreise in den letzten Wochen scharf gegen unzufriedene Arbeiter und Studenten durchgegriffen. Nach Protestdemonstrationen gegen angekündigte Preiserhöhungen für Lebensmittel sollen allein in den Czepel-Stahlwerken südlich von Budapest 160 Arbeiter festgenommen worden sein.

Die Preiserhöhungen waren Ende 1965 als Folge von „Wirtschaftsreformen" von der Regierung bekanntgegeben worden. Die Regierung hat jedoch die Massenverhaftungswelle dementiert.

Kehrt Peron zurück?

Isabel de Peron

Die 32jährige Isabel de Peron, die dritte Frau des im spanischen Exil lebenden ehemaligen argentinischen Diktators Juan Peron hat gestern die Führung der argentinischen Peronistenbewegung übernommen. Die Gruppe hat sich Rückkehr Perons nach Argentinien zum Ziel gesetzt.

Protest in Karatchi

Pakistanische Studenten wollen heute gegen die Taschkenter Erklärung zur Beilegung des Kaschmirkonflikts demonstrieren. Ausgelöst wurden die Unruhen durch den Tod zweier Studenten in Lahore.

Erfolgreiche Flucht

Bei außerordentlich starkem Frost ist vier Bewohnern Mitteldeutschlands, darunter einem Soldaten der Grenztruppe, die Flucht in die Bundesrepublik gelungen. Ein 22jähriger Gefreiter setzte sich von seiner Einheit in den Westen ab, weil der den Schießbefehl keine Folge leisten wollte.

Sir Shane gestorben

Der erst kürzlich zurückgetretene ehemalige australische Verteidigungsminister Sir Shane Paltridge

HOLZ
Andresen & Jochimsen

ist heute morgen gestorben. Durch den in der vor Sir Shane hat sich die knappe Mehrheit der jetzt von Harold Holt geführten australischen Koalitionsregierung so verringert, daß wahrscheinlich schon in Kürze Neuwahlen ausgeschrieben werden müssen.

Rebellion der Priester

27 römisch-katholische Priester in der argentinischen Provinz Mendoza haben sich offen gegen ihren Erzbischof Monsignore Alfonso Buteler ge-

Ob Kuchen oder Torte mit Gloria-Mehl besonders gut

stellt. Sie verlangen seine Abberufung, weil er sich angeblich weigert, die vom zweiten vatikanischen Konzil beschlossenen Reformen zu verwirklichen.

Heath in Rom

Der britische Oppositionsführer Edward Heath beginnt heute seine politischen Verhandlungen mit führenden Italienischen Politikern in Rom.

Indira Gandhi nach USA

Die neugewählte indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi tritt eine Einladung Präsident Johnsons zu einem Besuch der Vereinigten Staaten angenommen. Der Reisetermin ist noch unbestimmt.

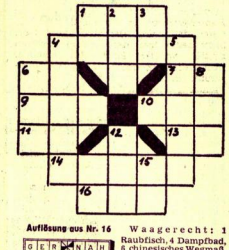
Schlechte Weinernte

In Ungarn hat es im vergangenen Jahr infolge des kalten Sommers eine schlechte Weinernte gegeben. Die Ernte betrug nur 2,8 Millionen Hektoliter gegenüber 5,3 Millionen im Jahre 1964. Auch die Qualität des Weines läßt zu wünschen übrig.

Späte Fürsorge

Baß erstaunt war dieser Tage Mrs. Hannah Grafton aus Shrewsbury in England, als sie vom Ministerium für Renten und Sozialversicherungen ein Merkblatt über Mütterfürsorge zugeschickt erhielt. Mrs. Grafton begeht im März ihren 101. Geburtstag.

Kreuzworträtsel



Auflösung aus Nr. 16

G	E	R	S	N	A	H								
I	S	O	K	A	S	A								
N	E	S	A	R	I	U	M							
S	H	A	K	E	S	P	E	A	R	E				
T	R	A	K	T	A	T								
E	C	K	E	U	S	E								
R	A	T	E	N	U	R								

Waagerecht: 1 Raubfisch, 4 Dampfbad, 6 chinesisches Wegmaß, 7 japanisches Schauspiel, 9 Waldrücken im Harzvorland, 10 griechische Göttin, 11 Strom in Sibirien, 13 italienischer Artikel, 14 Silizeichen, 16 Norne der Vergangenheit.

Senkrecht: 1 Flächenmaß, 2 Stadt im Erzgebirge, 3 Verhältniswort, 4 Teil des Wortes, 5 alt (Kunstrichtung), 6 Papstname, 8 flüssiges Fett, 12 Sinnesorgan, 15 Erbanlage.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2000 Hamburg 1, Mönckebergstr. 5, Sa.-Nr. 34 91 91 (Durchwahl: 34 91 9 ...), Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Bankkonten: Redaktion: Mariendorfer Damm 1/3, Tel. 70 18 34, Bonner Red.: Wilhelm-Spiritus-Ufer 4, Haus 2a, Tel. 21 31 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 33 38 51/54. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreise: Frei Haus mtl. 4,55 DM (einschließl. 35 Pf. Exp.-Kosten u. 55 Pf Zustellgeb.). Selbstabhlg. 3,95 DM, Postbezug 5,10 DM (einschl. 1,86 DM Postverlagsgebühr und 0,20 DM Vermittlungsgebühr). Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 22. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 32 64, Anz. Hamburg 142 00